Die SPD-Fraktion und die NS-Vergangenheit 1949 bis 1990

Dr. Kristina Meyer

Als Helmut Schmidt im Herbst 1966 den SPD-Fraktionsvorsitz vom schwer erkrankten Fritz Erler übernahm, war der damals 47-Jährige der erste Inhaber dieses Amtes, der in der NS-Zeit keinen Widerstand geleistet, Verfolgung erfahren oder im Exil gelebt hatte. Kurt Schumacher war mehr als zehn Jahre inhaftiert gewesen, Erich Ollenhauer im Mai 1933 mit dem Parteivorstand emigriert, Fritz Erler wegen seiner Widerstandstätigkeit 1939 zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Anders als diese zwischen 1895 und 1913 geborenen SPD-Fraktionsvorsitzenden blickte der jüngere Schmidt auf Erfahrungen während des „Dritten Reiches“ zurück, die eher denjenigen einer Mehrheit der Deutschen entsprachen: Zwar wurde er 1936 wegen „zu flotter Sprüche“ aus der Marine-Hitlerjugend entlassen, meldete sich aber nach dem Abitur 1937 freiwillig zum Dienst in der Wehrmacht und erlebte die Kriegsjahre vorwiegend an der Front. Als Schmidt 1969 Bundesverteidigungsminister wurde, übernahm mit Herbert Wehner erneut ein NS-Gegner und Remigrant den Fraktionsvorsitz – und hielt dieses Amt bis 1983. Auf ihn folgte der zwanzig Jahre jüngere Hans-Jochen Vogel, ehemals Scharführer der Hitlerjugend und in den letzten Kriegsjahren Wehrmachtssoldat. Zwischen 1949 und 1990 wurde die SPD-Bundestagsfraktion mithin nur rund zehn Jahre lang von Männern geführt, die keine oder nur marginale Erfahrungen mit Widerstand und Verfolgung gemacht hatten.

Im ersten Deutschen Bundestag waren nahezu alle SPD-Abgeordneten mit dem Verfolgungsapparat des NS-Staates in Berührung gekommen. Für die nachfolgenden Legislaturperioden können dazu keine validen Aussagen getroffen werden, da die Abgeordneten fortan darauf verzichteten, in ihren Kurzbiografien auf entsprechende Erfahrungen zwischen 1933 und 1945 einzugehen – ein Faktum, das den Befund einer betonten Zurückhaltung sozialdemokratischer Nachkriegspolitiker*innen in der öffentlichen Kommunikation über die eigenen Widerstands-, Verfolgungs- oder Emigrationsvergangenheit untermauert. Dieses Ausblenden der Jahre 1933 bis 1945 betraf auch die seit Mitte der fünfziger Jahre im Bundestag vertretenen SPD-Abgeordneten, die ihre vormalige NSDAP-Mitgliedschaft wohl ebenfalls lieber unerwähnt ließen.

Im Folgenden möchte ich den über vier Jahrzehnte zu beobachtenden Wandel von Strategien, Interessen, Rhetoriken und Narrativen der SPD-Bundestagsfraktion im Umgang mit den Hinterlassenschaften des „Dritten Reiches“ beleuchten und danach fragen, wie sich die verschiedenen SPD-Bundestagsfraktionen zwischen 1949 und 1990 im weiten Feld von Debatten über die NS-Vergangenheit positionierten. Dabei erweist sich die biografische Prägung der Abgeordneten keineswegs als maßgeblicher Erklärungsfaktor, so die Ausgangsthese. Vor allem die Spitzen von Partei und Fraktion waren in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende permanent darum bemüht, die schwierige Balance zwischen Aufarbeitungsbemühungen einerseits und Zugeständnissen an die Entlastungsbedürfnisse der Mehrheit der Gesellschaft andererseits zu halten – mit dem Ziel, politisch erfolgreich zu sein; moralische und privat-biografische Beweggründe traten dahinter zurück.

*

In den drei Jahren, die Kurt Schumacher bis zu seinem Tod 1952 als SPD-Fraktionsvorsitzender amtierte, ging er in nahezu allen Politikbereichen auf Konfrontationskurs zur Regierungskoalition – auch in Fragen des Umgangs mit der NS-Vergangenheit. Schon in seiner Replik auf Adenauers erste Regierungserklärung empörte sich Schumacher im September 1949 mit scharfen Worten darüber, dass der Kanzler die Gegner des NS-Regimes unerwähnt gelassen und die Judenvernichtung mit nur wenigen Worten gestreift hatte. Als die Wiedergutmachungsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik, dem Staat Israel und der Jewish Claims Conference im Frühjahr 1952 am fehlenden Entgegenkommen der deutschen Seite zu scheitern drohten, war es Schumacher, der in einem im Krankenbett verfassten Brief an Adenauer darauf drängte, mehr Kompromissbereitschaft und moralisches Verantwortungsbewusstsein zu zeigen. Seine Fraktion stand in dieser Frage geschlossen hinter ihm: Ohne ihre Zustimmung wäre 1952 weder das Luxemburger Abkommen ratifiziert, noch im Jahr darauf das Gesetz zur individuellen Entschädigung von NS-Verfolgten verabschiedet worden, da sich beachtliche Teile der Regierungsfaktionen gegen diese Vorhaben wandten.

Zugleich war Schumachers Strategie und Rhetorik aber von einer permanenten Kritik an der Politik der Besatzungsmächte und, damit eng verbunden, einer betonten Fürsprache für die Anliegen der vom Nationalsozialismus „irregeleiteten“ Deutschen bestimmt, die er zu Unrecht bevormundet und in ihrer Demokratisierung behindert sah. Nachdem es Anfang 1950 im Bundestag zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen einer von Herbert Wehner angeführten Gruppe von SPD-Parlamentariern und dem Abgeordneten der rechtsradikalen Deutschen Partei Wolfgang Hedler gekommen war – dieser war nach massiven antisemitischen Äußerungen und der Beleidigung sozialdemokratischer Widerstandskämpfer (darunter Schumacher) vom Parlament ausgeschlossen worden, aber dennoch in provokanter Absicht dort erschienen –, hob Schumacher in einer Stellungnahme nicht etwa auf die unerträglichen Diffamierungen ab, sondern auf den Schaden, den der Ruf von „Millionen von gutwilligen früheren Nazis“ durch einen „Störenfried“ wie Hedler erlitten hätten – um gleich hinzuzufügen, dass auch die Besatzungsmächte „ein gerüttelt Maß an Schuld“ an der Demokratieskepsis vieler Deutscher trügen.

Immer dort, wo nicht die Entschädigung der Opfer, sondern die Reintegration der Mitläufer des Nationalsozialismus – und mithin die Gewinnung ihrer Wählerstimmen – zur Debatte stand, waren es oftmals nur Nuancen, welche die Positionen der Sozial- und Christdemokraten im Bundestag voneinander trennten. SPD-Abgeordnete argumentierten in der Debatte über das sogenannte 131er-Gesetz bevorzugt aus einer rein sozialpolitischen und auf gleichberechtigte Teilhabe zielenden Perspektive – und gingen in ihrer Solidarisierung mit ehemaligen Funktionären von NS-Organisationen sogar manchmal noch weiter als die Regierungsfaktionen. Schumacher persönlich setzte sich für die Anliegen ehemaliger Mitglieder der Waffen-SS ein, deren „Paria-Rolle“ und sozialpolitische Benachteiligung er beendet sehen wollte. Dass es sich bei der HIAG, der Interessengemeinschaft ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger, vor allem um

eine neonazistische Gruppierung handelte, wollte Schumacher nicht wahrhaben – und sah sich entsprechend harter Kritik ausländischer Beobachter ausgesetzt.

In Übereinstimmung mit dem verbreiteten Narrativ, wonach nur eine „Clique von Gangstern“ für die Verbrechen des Nationalsozialismus verantwortlich gewesen sei, verlagerte die SPD-Fraktion ihre Kritik an personellen Kontinuitäten bevorzugt auf die Präsenz ehemaliger NS-Funktionäre in Ministerien und Behörden, und dabei vor allem auf besonders prominente und skandalträchtige Einzelfälle wie Hans Globke oder Theodor Oberländer. Hier ging es in der Argumentation jedoch vor allem darum, welchen Eindruck die Besetzung verantwortungsvoller Positionen mit NS-belasteten Personen auf das Ausland haben musste. Welchen Einfluss solche personellen Kontinuitäten auf den mentalen Ablösungsprozess der Nachkriegsgesellschaft vom Nationalsozialismus haben konnten, wurde dagegen selten thematisiert.

Dass die Meinungen über das rechte Maß an Zugeständnissen gegenüber Tätern und Mitläufern des „Dritten Reiches“ innerhalb der SPD-Fraktion oft weit auseinander gingen, bekam die Öffentlichkeit derweil kaum mit. Ein besonders eindrückliches Beispiel bietet die fraktionsinterne Debatte über den Umgang mit den im Landsberger US-Militärgefängnis einsitzenden NS-Verbrechern, bei der die Konfliktlinie keineswegs zwischen ehemals Verfolgten und Nicht-Verfolgten verlief: Während sich die Fraktionsspitze – darunter Schumacher, Ollenhauer, Erler, Arndt und Wehner – für eine Begnadigung der „Rotjacken“ einsetzte und ihre Ablehnung der von den Amerikanern gefällten Todesurteile damit begründete, dass die Todesstrafe durch das Grundgesetz abgeschafft worden sei, waren andere Fraktionsmitglieder – so etwa Peter Blachstein, Hermann Brill und Otto Heinrich Greve – empört über die von Carlo Schmid angeführte Begnadigungsinitiative und sahen die Glaubwürdigkeit ihrer Partei als Repräsentanz der NS-Gegner gefährdet.

Zugleich wuchs im Laufe der fünfziger Jahre die Zahl von Fraktionsmitgliedern, die führende Funktionen in diversen Kriegsgeschädigten- und Soldatenverbänden innehatten. Sozialdemokraten wie Hans Merten oder Helmut Bazille waren als Stimmenfänger im Wahlkampf wichtig, da sie die Bedürfnisse der ehemaligen Soldaten zu artikulieren verstanden. So wie manche Mitglieder der SPD-Fraktion auch von Kriegsverbrechern verharmlosend als „Kriegsgefangene“ sprach, beteiligten sie sich auch ansonsten an der für die fünfziger Jahre so typischen Homogenisierung des Opferbegriffs, mit dem die Grenzen zwischen NS-Verfolgungsmaßnahmen, Kriegsschäden, Kriegsverbrechen und den daraus folgenden Leiden der selbsternannten „Entnazifizierungsgeschädigten“ verwischt wurden. Zu dieser Aneignung konsensorientierter Begriffe und Narrative, die dem Bedürfnis eines Großteils der Nachkriegsgesellschaft entgegenkamen, passte der politische Stil Erich Ollenhauers, dem die konfrontative Schärfe Schumachers gänzlich abging. Während seiner elfjährigen Amtszeit als Fraktionsvorsitzender setzte Ollenhauer keine Akzente auf dem Gebiet des Umgangs mit der NS-Vergangenheit. Er versuchte, Konflikte über vergangenheitspolitische Themen möglichst diskret von der Öffentlichkeit fernzuhalten oder gar nicht erst entstehen zu lassen; Redezeiten in Debatten über die Wiedergutmachung oder um personelle Kontinuitäten in bundesdeutschen

Institutionen überließ er lieber anderen Fraktionskollegen, darunter vor allem Adolf Arndt, Fritz Erler oder Walter Menzel.

*

Mit der Organisationsreform von 1958 entwickelte sich die Bundestagsfraktion zur politischen Schaltzentrale der SPD und gewann deutlich an Gewicht und Einfluss im parteiinternen Machtgefüge. Diese wichtige Zäsur, gefolgt vom Godesberger Programm, fiel zusammen mit einer ungeheuren Verdichtung vergangenheitspolitischer Debatten zwischen 1958 und 1963. Die Partei stand vor dem Problem, einerseits nach Modernisierung, Wahlerfolgen und Regierungsverantwortung zu streben, sich andererseits aber in den Auseinandersetzungen um die NS-Vergangenheit so zu positionieren, dass die Entwicklung zur Volkspartei nicht in Gefahr geriet. Zusätzlich verkompliziert wurde dieses Dilemma durch den Antikommunismus des Kalten Krieges, der den Interessenkonflikt zwischen Integration und Aufarbeitung überlagerte – vor allem in der Konfrontation mit Kampagnen aus der DDR. Zum herausragenden Charakteristikum des sozialdemokratischen Umgangs mit den Hinterlassenschaften des „Dritten Reiches“ geriet in diesen Jahren eine dialektische Rhetorik, mit der die prominentesten Köpfe der Partei das nun vielfach geforderte „Lernen aus der Geschichte“ nicht als Last, sondern als befreiendes Moment und Chance zur „inneren Versöhnung“ zu vermitteln versuchten.

Vor allem Adolf Arndt profilierte sich seit den späten fünfziger Jahren als Impulsgeber und ständiger Mahner in Debatten um die juristische Ahndung von NS-Verbrechen, den Umgang mit personellen Kontinuitäten und die schleppende Wiedergutmachung. Aber auch Vertreter einer jüngeren Generation von Abgeordneten machten nun in solchen Diskussionen mit kritischen Redebeiträgen auf sich aufmerksam: In der Debatte um die Konsequenzen aus der antisemitischen Schmierwelle 1959/60, aber auch in der berühmten Verjährungsdebatte von 1965 war es der 1927 geborene Gerhard Jahn, der die Regierungspolitik mit bislang ungekannt scharfen Worten verurteilte. Ebenso wenig wie der im „Dritten Reich“ als „Halbjuden“ geltende Arndt thematisierte Jahn im Bundestag jemals seine eigene Familiengeschichte – seine Mutter war in Auschwitz ermordet worden. Der von Schumacher unausgesprochen gesetzte Maßstab, wonach es die persönliche Verfolgungsbioografie aus der politischen Kommunikation auszublenden galt, wirkte noch weit über seinen Tod hinaus nach.

In der vielfach als „Sternstunde“ des Bundestags bezeichneten Verjährungsdebatte ließ sich die dialektische Strategie und Rhetorik der SPD-Fraktion besonders eindrücklich in verteilten Rollen beobachten: Während Gerhard Jahn aus seinem Zorn über die Aufarbeitungsmüdigkeit der Deutschen keinen Hehl machte und die Verjährungsbefürworter in Union und FDP hart attackierte, während Adolf Arndt mit einem Bekenntnis zur eigenen Mitschuld durch „Wegsehen“ zur individuellen Gewissensbefragung jedes Deutschen aufrief, ging Fritz Erler in seinem Plädoyer für eine Abschaffung der Verjährung in eher versöhnlichem Tonfall auf das verbreitete Bedürfnis nach nationalem Selbstbewusstsein, Integration und Geschlossenheit ein. Auch wenn die Debatte letztlich nur eine Kompromisslösung hervorbrachte – die Verjährungsfrist wurde wie bereits 1960 nur um weitere fünf Jahre verschoben –, so gelang es der SPD-Fraktion dennoch zum wiederholten Male, aus der Oppositionsrolle heraus Akzente zu

setzen und vor allem mit einem unübersehbar erzieherischen Sendungsbewusstsein an die Bereitschaft der deutschen Gesellschaft zur selbstkritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu appellieren.

*

Nach dem Eintritt der SPD in die Regierungsverantwortung im Dezember 1966 waren es in der kurzen Amtszeit Helmut Schmidts als Fraktionsvorsitzender vor allem die Debatten um die Notstandsgesetze und die Studentenproteste, in denen – allerdings meist nur indirekt – Bezüge zur NS-Vergangenheit eine Rolle spielten. Hier gerieten Vertreter der damals „mittleren“ Generation von Sozialdemokraten wiederholt in Konflikt mit älteren, ehemals NS-verfolgten Genossen ebenso wie mit den nun in die Partei strömenden Angehörigen der sogenannten Kriegskinder- (bzw. dann bald 68er-)Generation – eine zuweilen explosive Konstellation, die sich abseits des Bundestags vor allem bei den hitzigen Debatten des Nürnberger Parteitags von 1968 beobachten ließ. Zeitgleich traten die zuvor so intensiven Debatten über die Ahndung von NS-Verbrechen und den Umgang mit personellen Kontinuitäten in den Hintergrund – oder wurden, wie durch die von der SPD-Fraktion im Herbst 1968 mitverantwortete Novelle des Ordnungswidrigkeitengesetzes (die zur automatischen Amnestierung zahlloser NS-„Schreibtischtäter“ etwa aus dem Reichssicherheitshauptamt führte) still und leise beendet.

Auch nach dem Amtsantritt der sozialliberalen Koalition spielten solche zuvor „klassischen“ vergangenheitspolitischen Fragen nach NS-Verbrechen und -Kontinuitäten kaum mehr eine Rolle. In den heftigen Debatten um die Neue Ostpolitik, so sehr sie auch die Folgen des NS-Regimes und des Zweiten Weltkriegs betrafen, liefen Fragen nach individueller Schuld und Mitverantwortung nur unterschwellig mit. Der Fokus und auch das rhetorische Bemühen der SPD-Fraktion lagen nun darauf, den Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete als befreienden Schritt in eine neue Zukunft zu vermitteln – nicht umsonst bemühte Willy Brandt in diesem Zusammenhang mehrfach die zuvor ganz anders konnotierte Vokabel des „Schlussstrichs“. Einen geschichtspolitischen Akzent setzte die neue Regierungskoalition auf Betreiben der SPD-Fraktion derweil im Mai 1970 mit der ersten Gedenkstunde des Bundestags anlässlich des 25. Jahrestags des Kriegsendes: Einige Unionsabgeordnete hatten im Vorfeld angekündigt, den Plenarsaal aus Protest verlassen zu wollen, weil sie das Ereignis nicht als Anlass zum Feiern betrachteten.

Dennoch erscheint der größte Teil des „sozialdemokratischen Jahrzehnts“ im Rückblick nicht als Phase eines ausgeprägten Interesses der regierenden SPD-Fraktion an konkreten Auseinandersetzungen mit bislang unaufgearbeiteten Kapiteln der NS-Vergangenheit. Dies änderte sich gegen Ende der siebziger Jahre zunächst nur insofern, als die polarisierenden Debatten über den RAF-Terrorismus mit einer Konjunktur plakativer und instrumenteller NS-Vergleiche einhergingen. In der Folge der von konservativer Seite proklamierten „Tendenzwende“ wurde die SPD im Bundestag seit 1976/77 regelmäßig von Vertretern der Unionsparteien attackiert, die – wie Alfred Dregger – eine aus seiner Sicht falsche „Vergangenheitsbewältigung“ für den linksradikalen Terror verantwortlich machten oder – wie Franz Josef Strauß – erklärten, Sozialismus und Nationalsozialismus seien „auf dem gleichen

geistlosen Nährboden gewachsen“. Hinzu kam der wiederholte Vorwurf der „Geschichtslosigkeit“ der SPD und ihres mangelnden Bemühens um die Wiederherstellung eines „positiven“ Nationalbewusstseins und Identitätsgefühls.

Zugleich gerieten Ende des Jahrzehnts – entscheidend befördert durch die US-Fernsehserie „Holocaust“ – die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus verstärkt in den Blick des öffentlichen Interesses. In der Folge kamen nicht nur neue Debatten über bislang nicht oder unzureichend entschädigte NS-Verfolgte auf die Tagesordnung des Bundestages, die neue Aufmerksamkeit für die Belange der Opfer beeinflusste auch die wiederkehrende Verjährungsdebatte, die 1979 mit einer kompletten Aufhebung der Verjährung von Mordtaten – nicht nur aus der Zeit des „Dritten Reiches“ – endete.

*

Nach dem Regierungswechsel von 1982 und der Ankündigung einer „geistig-moralischen Wende“ durch den neuen Bundeskanzler verschärfte sich der Tonfall zwischen Union und SPD im Bundestag – nicht zuletzt auf geschichtspolitischem Terrain. Wie keiner seiner Vorgänger machte Helmut Kohl Geschichte zum Gegenstand seines Regierungshandelns – und er tat dies mit zwei sehr klaren politischen Zielen: ein verloren geglaubtes Nationalbewusstsein durch die Rückbesinnung auf „positive“ Traditionsbestände in der deutschen Geschichte wiederherzustellen und das Verhältnis zur NS-Vergangenheit zu „normalisieren“.

Die öffentlichen Debatten über den Umgang mit der deutschen Geschichte rissen im Laufe der achtziger Jahre nicht ab, vom geplanten Haus der Geschichte in Bonn über den 50. Jahrestag der „Machtergreifung“, Helmut Kohls Israel-Reise und das Gesetz zur „Auschwitz-Lüge“, von der „Bitburg-Affäre“ über den 40. Jahrestag des Kriegsendes und das Deutsche Historische Museum bis hin zum Historikerstreit und der neuentflammten Debatte über die Wiedergutmachung für bislang „vergessene Opfer“. Dass die SPD in dieser Situation erstmals eine Historische Kommission einberief, entsprach diesen vielfältigen Herausforderungen auf geschichtspolitischem Terrain.

Erneut sah sich die SPD-Fraktion im Bundestag mit verbalen Attacken vonseiten der Union konfrontiert: Nachdem etwa Heiner Geißler im Sommer 1983 in Reaktion auf die Großdemonstrationen der Friedensbewegung erklärt hatte, der linke Pazifismus der dreißiger Jahre habe „Auschwitz erst möglich gemacht“, warf der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel dem CDU-Generalsekretär vor, eine „Atmosphäre des Hasses“ erzeugt zu haben. Groß war die Empörung der Sozialdemokraten auch über das Verhalten des Bundeskanzlers während seiner Israel-Reise 1984 und sein Wort von der „Gnade der späten Geburt“. Auf Kohls Bericht reagierte der unwesentlich ältere Horst Ehmke – er hatte das Kriegsende als 18-jähriger Flakhelfer und Fallschirmjäger erlebt – vor dem Bundestag mit vernichtenden Worten: Das „Sich-geschichtlich-unbetroffen-Geben“ des Kanzlers habe dessen Ansprachen in Israel „teilweise bis zur Würdelosigkeit banal“ erscheinen lassen. Annemarie Renger ergänzte, jener „neudeutsche Stil [...] der Unverwüstlichkeit und der permanenten guten Laune“ lasse ihr „mittlerweile wirklich das Mitlachen im Halse stecken“.

An Kohls Museumsplänen für Bonn und Berlin übte die SPD-Fraktion scharfe Kritik, sah sie doch in beiden Fällen eine starke Tendenz zu reinen Erfolgsgeschichten, in denen die Zeit des „Dritten Reiches“ relativiert oder gar ausgeblendet werde. Den fast ausschließlich mit bekennenden Konservativen besetzten Fachkommissionen, die mit der Planung der Museen betraut worden waren, begegneten die Sozialdemokraten mit Expertenanhörungen, in denen vorwiegend SPD-nahe Wissenschaftler*innen vertreten waren. Die Vielzahl und Heftigkeit geschichtspolitischer Debatten im Bundestag spiegelte die im Historikerstreit von 1986/87 gipfelnden Deutungskämpfe zwischen konservativen und linksliberalen Vertretern der Zunft – eine in den vier Jahrzehnten zuvor ungekannte Verzahnung von politischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskursen über die Geschichte des Nationalsozialismus und ihre Verortung.

*

Obleich die SPD-Fraktionen zwischen 1949 und 1990 immer wieder als kritisches Korrektiv zur Politik der unionsgeführten Bundesregierungen fungierten und in vielen Fragen – etwa in der Wiedergutmachung – mit moralischen statt fiskalischen Beweggründen argumentierten, so war es dennoch immer auch ein an Mehrheiten und an Konsensfindung orientierter Pragmatismus, der die Strategien und Positionen der Sozialdemokrat*innen in Fragen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bestimmte, auch und gerade in der Zeit der Regierungsverantwortung. Die Annahme, dass die Zahl von Widerstands-, Verfolgungs- oder Emigrationsbiografien in den SPD-Fraktionen des Bundestags automatisch mit einem besonders intensiven Engagement oder einem dezidiert kritischen Blick auf den Umgang von Politik und Gesellschaft mit der NS-Vergangenheit einhergegangen sein muss, erweist sich als unbegründet. Vielmehr waren in den ersten Legislaturperioden vorwiegend solche Männer an der Fraktionsspitze tonangebend, die das „Dritte Reich“ zwar in Haft oder Exil verbracht hatten, im Umgang mit der NS-Vergangenheit aber ebenso wenig auf eine Thematisierung der eigenen Erfahrungen wie auf eine Politik setzten, die der postnationalsozialistischen Gesellschaft eine allzu schmerzliche Auseinandersetzung mit der eigenen Mitverantwortung abseits der Schuld von Eliten und Einzelpersonlichkeiten zugemutet hätte.

War es in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik in parlamentarischen Debatten und Gesetzgebungsprozessen noch vorwiegend um die Lösung sehr konkreter juristischer und sozialpolitischer Fragen des Umgangs mit den Hinterlassenschaften des „Dritten Reiches“ gegangen, traten seit den siebziger Jahren zunehmend Debatten über Deutungen, Repräsentationen und den Stellenwert der NS-Zeit in der deutschen Geschichte in den Vordergrund. Deutlicher als in der Frühzeit des Bundestages kamen die Impulse zu solchen Debatten nun vermehrt aus der Geschichtswissenschaft, aber auch aus zivilgesellschaftlichen Initiativen, die im Nachgang der Generationskonflikte der späten sechziger Jahre entstanden waren und mehr selbstkritische Aufarbeitung einforderten. Vor allem nach dem Regierungswechsel von 1982 profilierte sich die oppositionelle SPD-Fraktion – angetrieben von der Union ebenso wie von der neuen Konkurrenz der Grünen – als bis dato ungekannt kämpferische Stimme in Auseinandersetzungen über die NS-Vergangenheit.